

Pressemitteilung

Atomausstieg und Energiewende müssen vors Volk !

Das Unglück in den Kernkraftwerken von Fukushima (Japan) hat auch hierzulande grosse Energiedebatten ausgelöst. Durch das Erdbeben der Stärke 9 und die 10 Meter hohe Flutwelle versagten die Notkühlsysteme. Durch die spätere Überhitzung in den Reaktoren erfolgte die Kernschmelze. Überstürzt und von Hysterie getrieben fordern die meisten Parteien von links bis rechts, willfährig unterstützt vom Grossteil der Medien und vom Staatsfernsehen, den Ausstieg aus der Kernenergie. In grosser Eile, und in nur sechs Wochen wurde der Ausstieg „auf dem Papier“ beschlossen. Woher aber der fehlende Strom gesichert herkommt wurde im Wahljahr ausser Acht gelassen. Bundesrätin Doris Leuthard versprach, die volle Verantwortung für die Energiewende zu übernehmen. Nur Wochen zuvor lobte sie noch die Sicherheit der Schweizer AKW. Übernimmt sie auch in Zukunft noch die volle Verantwortung des Ausstieges, wenn sie dann zumal die Staatsrente genießt? Auch Deutschland hat den früheren Ausstiegsfahrplan beschleunigt und bereits acht Reaktoren endgültig vom Netz genommen. Und woher nimmt Deutschland den fehlenden Strom heute? Aus Kernkraftwerken in Frankreich und der Tschechoslowakei, sowie aus Kohlekraftwerken in Polen. Ist das ehrliche und realistische Politik? Die SVP ist bis heute die einzige Partei, welche sich zurückhaltend verhielt.

Über das Thema Stromzukunft der Schweiz referierte an der Veranstaltung vom 6. Oktober Martin Saxer, Leiter Public Affairs der Axpo Holding AG. Daraus ist Folgendes zu entnehmen:

Im Mai 2011 beschloss der Bundesrat aufgrund von Fukushima als einziges Land der Welt den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser soll bis zum Ende der Laufzeit des KKW Leibstadt, (voraussichtlich 2034) vollzogen sein. Der Stromverbrauch sei ab 2015 zu stabilisieren, danach durch Stromsparen und Energieeffizienz sukzessive abzusenken. Zur Schliessung der Versorgungslücke ist die Wasserkraft – trotz zu erwartender Widerstände aus Fischerei- und Umweltkreisen - deutlich auszubauen, die Stromimporte zu sichern bzw. erneuern sowie die Alternativenenergien (z.B. Biomasse, Sonne, Wind, Geothermie) massiv auszubauen (Faktor 12!). Sind diese Pläne realistisch? Der Bundesrat spricht selber von einem energiepolitischen „Paradigmenwechsel“. Vieles ist also politisches Wunschdenken. Denn der Strombedarf dürfte auch in Zukunft weiter steigen, infolge Bevölkerungswachstums, Wirtschaftswachstums, Substitution von Öl und Benzin und steigender Anzahl Geräte und Dienste. Stromeffizienz vermögen Mehrverbrauch und Substitutionseffekte nicht zu kompensieren. Mit dem schrittweisen KKW-Ausstieg ab 2019, und dem sukzessiven Wegfall der Bezugsrechte aus Frankreich ab 2020 (z.B. Fessenheim) entfällt die direkte Verfügbarkeit über die in- und ausländischen Produktionskapazitäten. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund der marktbasieren europäischen Netzzugangsbestimmungen das Schweizer Importprivileg ab ca. 2014 entfällt (derzeit laufen Verhandlungen über ein Stromabkommen mit der EU). Andernfalls müssen die benötigten Importkapazitäten teuer ersteigert werden. Insgesamt droht eine Selbstversorgungslücke von über 50 Prozent.

Unter diesen Umständen ist der Ausstieg viel zu schnell, unter hohem politischem Druck, ungenügenden Grundlagen, und unter Gefährdung der Versorgungssicherheit, erfolgt. Folgen davon wären massive staatliche Eingriffe, hohe Kosten und eine stärkere Zentralisierung der Bürokratie. Derart brisante Entscheidungen über die Stromzukunft dürfen keinesfalls am Volk vorbei gemogelt werden. Hier muss der Souverän mit eingebunden werden.

Die erneuerbaren Energien decken heute gerade erst mal 2% des Strombedarfs. Neben Wasserkraft und Kernenergie tragen Fotovoltaik 0.15%, Windenergie 0.06%, Biomasse 0.25% und Anteil aus Abfall (KVA) 1.5% zur Stromerzeugung bei.

Die Situation in unseren Nachbarländern (ausser Frankreich, welches weiterhin auf Kernenergie setzt) sieht ähnlich aus. Der Bedarf steigt überall an und die Erzeugung hinkt immer mehr nach, besonders in Deutschland ab 2021.

Fazit:

Während in Bulgarien 2, Frankreich 1, Finnland 1, Russland 10, Slowakische Republik 2, und Ukraine 2, neue KKW gebaut werden beschliesst der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments den übereilten Ausstieg. Dabei gehören unsere KKW zu den sichersten der Welt.

Die Axpo, ein grosser Stromversorger der Schweiz, prüft für die Zukunft verschiedene Versorgungsszenarien (mit und ohne KKW). Sie investiert bis dato rund CHF 6 Mia. in die Wasserkraft und die neuen erneuerbaren Energien bis 2030.

Schliesslich beseht die realistische Gefahr, dass bei einem Atomausstieg vor allem die Auslandsabhängigkeit und durch die fossile Stromerzeugung (Gaskraftwerke oder WKK-Anlagen) die CO2-Emissionen steigen werden. Der Klimaschutz lässt nach Fukushima grüssen.

Man darf gespannt sein!



Unser Referent, Herr Martin Saxer, Axpo Holding AG, flankiert von den beiden SVP Nationalratskandidaten Jon Peider Lemm (links) und Livio Zanolari (rechts)

Domat/Ems, 8. Okt. 2011

Hans Blum